

Französische Denkfabrik IREF: „Entgegen aller Vernunft hält die EU an ihrer Netto-Null-Illusion fest“

geschrieben von Chris Frey | 9. Januar 2026

Clintel Foundation

Die Europäische Kommission hat einen neuen Schritt in Richtung ihres Ziels der „Netto-Null“ bis 2050 gebilligt, das eine Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % gegenüber dem Niveau von 1990 bis 2040 vorsieht. Ein aktueller [Bericht](#) des französischen Thinktanks IREF (Institut de Recherches Économiques et Fiscales) liefert jedoch eine ernüchternde Realitätsprüfung.

Die Europäische Kommission strebt nun eine Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % bis 2040 an. Die endgültige Verabschiedung wird für 2026 erwartet, gefolgt von der verbindlichen Umsetzung in nationales Recht. Der Umfang des Plans ist atemberaubend. Die EU schätzt die erforderlichen Investitionen bis 2040 auf 21 Billionen Euro – etwa 7 bis 8 % des BIP der EU –, ohne Finanzierungskosten. Die Politik erwartet eine Mischung aus Subventionen, CO₂-Bepreisung und zwingenden Vorschriften, um den größten Teil der Last auf den privaten Sektor zu verlagern. Die entscheidende Frage ist nicht mehr die Ambition, sondern die Machbarkeit.

Ein aktueller [Bericht](#) des französischen Thinktanks IREF (Institut de Recherches Économiques et Fiscales) liefert eine ernüchternde Bestandsaufnahme. Schon einfache Berechnungen lassen die Alarmglocken läuten. Die Emissionen der EU sind in den 33 Jahren von 1990 bis heute um 37 % gesunken. Um in nur 17 Jahren eine zusätzliche Reduzierung um 68 % zu erreichen, müsste das Tempo der Dekarbonisierung fast verdreifacht werden. Gelingt diese Beschleunigung nicht, wären die wirtschaftlichen Folgen eines so schnellen Emissionsrückgangs gravierend.

Die Strategie der EU basiert auf der Annahme, dass die Technologien ausgereift genug sind, um einen raschen Abbau jahrzehntelang aufgebauten fossilen Kapitals zu rechtfertigen. Der Plan stützt sich auf drei Säulen: ein Energiesystem, das von variablen erneuerbaren Energien (VRE) dominiert wird, eine massive Elektrifizierung von Industrie, Verkehr und Gebäuden sowie tiefgreifende Veränderungen in der Landwirtschaft. Der Fehler liegt in der Notwendigkeit einer perfekten Koordination. Die Netze müssen für erneuerbare Energien ausgebaut werden, die Speicherkapazitäten müssen schneller wachsen als die Schwankungen, und die Nachfrage muss genau nach Plan steigen. Jede Diskrepanz verwandelt „Übergangsinvestitionen“ in gestrandete Vermögenswerte.

IREF zeigt, dass diese Diskrepanzen bereits weit verbreitet sind. Der großflächige Einsatz von VRE führt zu wechselnden Phasen von Überangebot – negativen Preisen und erzwungenen Einschränkungen – und Engpässen, in denen die Preise in die Höhe schnellen, die erneuerbaren Energien jedoch nicht reagieren können. Die ursprünglich als vorübergehend versprochenen Subventionen steigen wieder. Vor dieser Dynamik haben Institutionen wie die OECD und die Kernenergieagentur bereits vor Jahren gewarnt, doch deren Warnungen wurden weitgehend ignoriert.

Der Stromausfall in Spanien im April 2025 hat eine weitere Schwachstelle offenbart. Trotz anfänglicher Dementis zeigten Untersuchungen, dass die übermäßige Abhängigkeit von nicht regelbaren Energiequellen die Netzstabilität beeinträchtigte. Über dieses Ereignis hinaus berichten europäische Netzbetreiber von einem dramatischen Anstieg der Spannungsstörungen seit 2015, was auf eine zunehmende systemische Anfälligkeit hindeutet.

Die EU reagiert darauf mit der Forderung nach einem schnelleren Ausbau des Netzes und groß angelegten Speichermöglichkeiten, insbesondere für Wasserstoff. Die Fortschritte bleiben jedoch weit hinter dem Ausbau der erneuerbaren Energien zurück. Die Niederlande veranschaulichen das Problem: Netzüberlastungen blockieren derzeit neue Anschlüsse für Haushalte und Unternehmen und belasten das Wachstum. Laut von IREF zitierten Quellen könnte die Reparatur des niederländischen Netzes allein bis 2040 200 Milliarden Euro kosten. Im Gegensatz dazu schätzt die Kommission die Kosten für die gesamte EU auf nur 1,2 Billionen Euro, also nur das Sechsfache – eine unglaublich niedrige Zahl, die auf eine systematische Unterschätzung hindeutet.

In Deutschland sieht es ähnlich aus. Im Rahmen der Energiewende wurde nur ein Sechstel der geplanten Übertragungsleitungen gebaut. Die deutsche Förderbank KfW schätzt, dass die Investitionskapazität für das Stromnetz vervierfacht werden müsste, um die Ziele für 2030 zu erreichen, aber niemand weiß, woher das Geld dafür kommen soll. Bei Wasserstoff sieht es nicht besser aus. Europäische und nationale Rechnungsprüfungsbehörden sind zu dem Schluss gekommen, dass Wasserstoffstrategien eher von politischen Ambitionen als von technischem oder wirtschaftlichem Realismus getrieben sind. Nur wenige Projekte kommen voran, und wichtige Technologien sind noch nicht ausgereift. Die Speicherziele für 2040 oder 2050 sind daher weitgehend spekulativ.

Ironischerweise erkennt nun auch Deutschland selbst die Grenzen seines Modells. Bundeskanzler Friedrich Merz hat Pläne angekündigt, bis 2035 71 Gaskraftwerke zu bauen, um die Versorgung während wiederkehrender Wind- und Solar-Flauten sicherzustellen, sowie Subventionen für industrielle Strompreise. Die Korrektur der Fehler der Energiewende birgt nun die Gefahr einer Verzerrung des Wettbewerbs innerhalb der EU.

Auf der Nachfrageseite ist die Realität ebenso hart. Energieintensive

Industrien stellen fest, dass die globalen Märkte nicht bereit sind, hohe Aufschläge für „dekarbonisierte“ Produkte zu zahlen. So ist beispielsweise die Aluminiumproduktion in Europa seit 2010 um 25 % zurückgegangen, während die weltweite Nachfrage um mehr als 70 % gestiegen ist. Hohe Strompreise und der obligatorische Kauf von CO₂-Zertifikaten schränken die Investitionskapazitäten zusätzlich ein.

Haushalte sehen sich ähnlichen Einschränkungen gegenüber. Die Verkäufe von Elektrofahrzeugen stagnierten aufgrund anhaltender Bedenken hinsichtlich Kosten, Komfort und Zuverlässigkeit. Wärmepumpen und Dämmungen folgten dem gleichen Verlauf: anfängliche Begeisterung, enttäuschende Renditen, Einbruch der Nachfrage nach Wegfall der Subventionen. Nur strengere Vorschriften könnten diese Lücke schließen – aber solche Vorschriften würden auf Kosten der individuellen Freiheiten gehen.

Das IREF kommt zu dem Schluss, dass der Netto-Null-Plan der EU praktisch schon bei seiner Einführung zum Scheitern verurteilt ist. Seine interne Kohärenz ist in diesem Umfang und angesichts der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen die Mitgliedstaaten voranschreiten, nicht zu erreichen. Ein Beharren darauf würde den Wohlstand und die Freiheiten beeinträchtigen und den klassischen Misserfolg groß angelegter zentralistischer Pläne wiederholen – was der österreichische Ökonom Friedrich von Hayek einmal als „fatale Selbstüberschätzung“ bezeichnet hat.

Die Ironie dabei ist, dass die Auswirkungen auf das Klima vernachlässigbar wären. Auf der Grundlage von IPCC-Formeln kommt das IREF zu dem Schluss, dass für Europa die Erreichung der Netto-Null im Jahr 2100 statt 2050 die globalen Temperaturen nur um 0,02 bis 0,06 °C verändern würde – unterhalb jeder sinnvollen Messschwelle.

IREF fordert daher eine strategische Kehrtwende: einen langsameren, realistischeren Weg zur Dekarbonisierung, der sich eher auf Innovation als auf Vorschriften konzentriert. Das auf Kernenergie basierende Stromsystem Frankreichs verursacht bereits weitaus geringere Emissionen als die von Deutschlands gescheitertem Experiment inspirierte Vision der EU, die stark auf erneuerbare Energien setzt. Der schrittweise Ersatz der verbleibenden Kohle- und Gasenergie durch regelbare kohlenstoffarme Energieerzeugung – möglicherweise einschließlich fortschrittlicher Kerntechnologien – in den nächsten drei Jahrzehnten wäre sowohl wirtschaftlich als auch technisch glaubwürdig. Dieser Weg würde radikale Netzbauten, unrealistische Speicherkonzepte und Diskrepanzen zwischen Angebotsausbau und tatsächlicher Nachfrage vermeiden.

Europa beginnt, sich am Rande anzupassen, indem es die Vorschriften für Elektrofahrzeuge lockert und Stromsubventionen zulässt. Aber kosmetische Korrekturen werden eine grundlegend fehlerhafte Strategie nicht retten. Eine echte Neubewertung ist überfällig. Es ist besser, jetzt den Kurs zu korrigieren, als an einer Illusion festzuhalten, die das europäische

Projekt selbst zu untergraben droht.

The report, in French: « [European Union climate law: an economic and societal disaster with no effect on the climate](#) », Authored by Vincent Bénard, IREF, December 2025 – Vincent Bénard is a civil and territorial planning engineer and economic analyst, who authored several [articles and reports](#) for IREF since 2021.

Link:

<https://clintel.org/think-tank-iref-against-all-rationality-the-eu-persists-in-its-net-zero-delusion/>

Übersetzt von Christian Freuer